

# Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **70 (1990)**

Heft 3

PDF erstellt am: **17.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Fortlaufende Mitläufer

Klimatische Schwankungen mit im einzelnen nur schwer fassbaren Anstößen und Hintergründen gehören von jeher mit zum Wesen der Politik. Wie sollten sie auch nicht? Denn im Grunde sind sie Wesensmerkmale jeder Art von zwischenmenschlichen Beziehungen; im politischen Bereich sind sie heutzutage nur deshalb manchmal problematischer als zum Beispiel in Wirtschaftsunternehmen oder Dozentenzimmern, weil sie sich öffentlicher manifestieren und damit auch leichter von Dritten, das heisst vor allem von seiten der Medien und der Pressure Groups, mitbeeinflusst werden können und auf diese Weise über den Einfluss auf das Wählerverhalten zu einem ernst zu nehmenden Faktor politischer Entscheidungsbildung zu werden vermögen. Dass dieser Trend sich unter den Bedingungen der professionalisierten «Kommunikationsgesellschaft» unserer Tage immer weiter verstärkt, ist dabei mit Händen zu greifen. Immer häufiger steht man unter dem Eindruck, dass einzelne Themen oder «Fälle» in einem Mass zu öffentlichen Dauerbrennern werden, das ihr effektives politisches Gewicht weit übersteigt, während andere Sachverhalte aus oft unerfindlichen Gründen nur wenig oder gar keine öffentliche Beachtung finden.

Es wäre interessant, unter dieser Perspektive zum Beispiel die nach wie vor schlagzeilenträchtige «Krise» der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz — und insbesondere jene der Zürcher Kantonalpartei, der Haus-

macht von Frau Bundesrätin Kopp — politologisch-psychologisch unter die Lupe zu nehmen. Als aktiver Exponent dieser Partei sah man sich in jüngster Zeit Strömungen und Haltungen gegenüber, die rational nicht ohne weiteres zu erklären sind. Dass ein Teil der Medien den «Knochen FDP» immer aufs neue ausgräbt und zum Aufhänger von suggestiven Pauschalurteilen macht, ist noch das wenigste. Das gehört heutzutage offenbar schlicht und einfach zu dem, was als «öffentliches Leben» bezeichnet wird. Auch die Tatsache, dass selbst bürgerliche «Koalitionsparteien» unter den heutigen Umständen der Versuchung nicht widerstehen können, mit teilweise recht unkonventionellen Mitteln zu Fischzügen in den traditionell freisinnigen Wählerpotentialen auszuziehen, gehört durchaus noch mit ins übliche Bild solcher Konstellationen.

Schwerer tun sich die FDP-Kader mit Symptomen im engeren Umfeld der Partei, die noch zur Zeit etwa der «Mirage»-Krise von 1964 mit einem anderen freisinnigen Bundesrat im Mittelpunkt kaum denkbar gewesen wären: die Tendenzen zur Aufkündigung der Loyalität und zum Schwund der Identifikationsbereitschaft. Die Loyalitätsfrage ist vor allem ein parteiinternes Problem. Sie hängt mit der generellen Zeiterscheinung schwächerer Mitgliederbindung gegenüber den Parteien als Institutionen zusammen. Krisensituationen scheinen weniger als früher den Reflex des Schulterschluss-

ses, der «Jetzt erst recht»-Stimmung auszulösen. Stattdessen kommen masochistische Züge auf: Man «leidet» an der Partei und spricht auch gern und viel darüber, und zwar nicht nur unter sich, sondern auch im weiteren Bekanntenkreis.

Die Bereitschaft zur Identifikation mit der Partei ist eher ein Problem der nichtorganisierten Wählerschaft und der Sympathisanten. Nachdem heutzutage in solchen Situationen schon viele Mitglieder zu Selbstmitleid neigen, ist naturgemäss auch die «Mitläuferschaft» nicht mehr besonders krisenfest. Die FDP war seit Ende der sechziger Jahre praktisch durchgehend erfolgreich. Das verhalf ihr unter anderem auch zu einem gewissen «Snob appeal». Doch wie sich die Sportstadien nach dem Abreissen von langen Siegesserien schlagartig zu leeren pflegen, so ähnlich verfliegt auch die Attraktivität einer traditionsreichen Partei, wenn sie

in eine — wirkliche oder vermeintliche — Formkrise gerät. Dass dies hier wie dort nicht ohne «Absingen wüster Lieder» abgeht, versteht sich von selbst.

Dieser Prozess der «fortlaufenden Mitläufer» muss aber — wie verschiedene Wahlergebnisse der letzten Zeit im Fall des Freisinns zeigen — nicht unbedingt zum wahlarithmetischen Nominalwert genommen werden. Wie sich die potentielle Wählerschaft letzten Endes am Wahltag selbst verhält, ist keineswegs zwangsläufig «vorgegeben». Das hängt unter anderem von den konkreten politischen und personellen Alternativen, nicht zuletzt aber auch von der Art und Weise ab, wie sich die betroffene Partei selbst in der Entscheidungsphase verhält. Es lohnt sich mit anderen Worten trotz allem auch heute noch, den Kopf auch im politischen Platz- und Dauerregen nicht zu rasch hängen zu lassen.

*Richard Reich*

## Die Illusion des Dritten Weges

Die politischen Systeme und Wirtschaftsordnungen Osteuropas befinden sich in Auflösung. Dieser Prozess hat eine *Eigendynamik* angenommen, deren Stosskraft nicht zuletzt im Zeitfaktor, im «Beschleunigungskoeffizienten», sichtbar wird. Solche Entwicklungen haben ihre *Gefahren*, vor allem eine zunehmende Unsicherheit in jenen betroffenen Kreisen, die keine einigermaßen genaue Vorstellung darüber besitzen, wohin denn nun eigentlich die *ordnungspolitische Reise* gehen soll. Das alte sozialistische Haus ist eingestürzt. Was an seine Stelle treten soll, ist

für jene eher schleierhaft, die sich nicht offen und rückhaltlos zu einer sozialverpflichteten Marktwirtschaft, von der es verschiedene Spielarten gibt, bekennen können oder wollen. Es liegen keine Konstruktionspläne vor, die über die Architektur des sozialistischen Neubaus Auskunft geben würden.

In dieser nebulösen Situation sind im Westen zwei Phänomene zu beobachten. Einmal der «Aufstand» jener meist emotional geschüttelten und von wenig Rationalität angekränkelten *Systemkritiker des Kapitalismus*, die sich selbstquälerisch Asche aufs Haupt streuen

und die freie Welt aufrufen, doch zuerst das eigene Haus reformerisch in Ordnung zu bringen, bevor an die im Vakuum wandelnden Sozialisten von gestern Verhaltensratschläge erteilt werden. Sie gehören zumeist irgendwelchen Minoritätspositionen an und nutzen die Gunst der Stunde, ihre unerfüllten Wünsche coram publico zu artikulieren. Und weil nicht wenige Medien dieses Spiel mitspielen, vermischt sich der Kollaps im Osten mit einer selbstanklägerischen Rhetorik im Westen zu einer eigenartigen Musik voller Dissonanzen. Sehr viel hilft dies weder den einen noch den andern. Das Faktum, dass es keine in dem Sinne perfekte Ordnung gibt, die allen Wünschen gerecht zu werden vermöchte, ist eigentlich nicht unbekannt.

Eine besonders clevere Gruppe aus der Spezies des homo sapiens gebärdet sich nicht nur selbstkritisch, sondern ist darüber hinaus zu «neuen» Modellen, zu irgendwelchen Formen des *Dritten Weges*, vorgestossen. Bei Licht betrachtet entpuppen sich die Dritten Wege jedoch ausnahmslos als *Kombinationen* von bereits bekannten Ordnungselementen. Durch die Vision, aus beiden Systemen, dem Sozialistischen und dem Kapitalistischen, das «Gute» herauszudestillieren und diese zu einer neuen Ordnung zusammenzufügen, blitzt *blanke Naivität*. Es handelt sich deshalb mehr um Skurrilitäten, um Irrlichter in einer mit extremen Unsicherheiten beladenen Zeit denn um ernsthafte Vorschläge

Willy Linder

## Pretorias Perestrojka

Die Freilassung Nelson Mandelas aus dem Victor-Verster-Gefängnis am «Kap der Guten Hoffnung», die der Präsident der Südafrikanischen Union, F. W. de Klerk, angeordnet hatte, ist mit Michail Gorbatschows Heimholung des exilierten und schwer schikanierten Sacharow aus Gorki verglichen worden. Es stimmt in einer Hinsicht: beidemale wurde ein unübersehbares Zeichen gesetzt, das die Abkehr von einem stumpf repressiven Obrigkeitsverhalten deutlich macht. Im übrigen sind die Unterschiede markanter als die Ähnlichkeiten, wie ja diese beiden Gesellschaften unvergleichbar sind.

Mandela war die «schwarze Nelke» gewesen, der überall wirkende, in ganz Afrika wie in London auftretende, lange nicht greifbare «charismatische» Führer des «African National Congress». Diese ursprünglich der Gewaltlosigkeit verschriebene Bewegung hatte sich mangels jeden Ergebnisses der Gewalt zugewendet. Mandela war mit andern «Hochverrätern» zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden und musste im strengsten Kerker Südafrikas auf Robben Island Steine klopfen. Er kam später in mildere Gefängnisse und bewohnte zuletzt eine eigene Hütte als ein Ehrenhäftling, den

weisse und schwarze Politiker besuchten und der auch einmal mit dem Exilhauptquartier des ANC in Lusaka telefonieren durfte. Er war nunmehr nach 28 Jahren Haft ein geachteter Gegner und Gesprächspartner — «entfeindet», wie es in neudeutschem Sprachgebrauch jetzt lautet. Vor ihm war der 77jährige Walter Sisulu, der einst noch mehr Autorität hatte als Mandela, freigelassen worden und konnte zu seiner Familie in Soweto zurückkehren, wie es jetzt auch Nelson Madela tat.

Präsident de Klerk, einst stockkonservativ, nunmehr kühner liberaler Reformier, und Nelson Mandela —, können diese beiden Politiker, die ihr Schicksal verbunden zu haben scheinen, ihre eigenen Wähler führen? De Klerk hat mit zwei Parteien rechts von der Nationalen Partei zu rechnen, den konservativen Treurnichts und den extremen Verfechtern der vollen Apartheid.

Mandela ist Spross einer Fürstenfamilie eines Stammes der Xhosas, die mit Chief Buthulezis Zulus oft blutige Konflikte in Natal ausfechten — dies noch vor wenigen Monaten. Es gibt ausserdem mindestens zwei schwarze Bewegungen, die radikaler sind als der ANC.

Dazu kommt das verquere Verhältnis zwischen Zahl und Macht. Fünf Millionen Weisse sind im Vollbesitz ihrer Bürgerrechte, für sie ist Südafrika eine Demokratie. 28 Millionen Schwarze sind in keiner Weise Bürger. Für sie wurden künstliche, angeblich souveräne von weissen Enklaven durchsetzte Randstaaten und «homelands» geschaffen — ein Mittel, um ihnen die südafrikanische Staatsangehörigkeit zu entziehen. Dort wo sie — den Weissen unentbehrlich — leben

und arbeiten, wie eben in der Millionenstadt Soweto, sind sie geduldete Fremde.

Was kann sich ändern? Die Forderung der Schwarzen — «ein Mensch, eine Stimme» — würde die weisse Minderheit faktisch entrenchen. Mandela will die weissen Mitbürger nicht entrenchen und doch die Demokratie einführen. Da er diesen Zwiespalt offen zugibt, sucht auch er Kompromissformeln.

Nehmen wir an, die Autorität de Klerks und die bedrohlichere Mandelas im eigenen Lager setzt sich durch. Was dann? Nach Abschaffung vieler Schikanen der «kleinen Apartheid», wie der Zugang zu den Badestränden und die Aufhebung des Verbots von «intermarriage», der Ehe zwischen Partnern verschiedener Rassen, bleibt das meiste zu tun. Was zum Beispiel nützt diese Abschaffung, wenn das Gruppenterritoriumsgesetz jedem nach seiner Rasse bestimmte Wohngebiete zuweist, so dass die betreffenden Gatten nirgends zusammenleben könnten?

Und nach der schon vor de Klerk verringerten «kleinen Apartheid» bleibt die grosse. Kraft Gesetz dürfen nicht mehr als 13 Prozent des Bodens im Besitz von Schwarzen sein. In welche Parlamente dürfen sie Vertreter schicken? In welche Schulen und Universitäten dürfen ihre Kinder und Jugendlichen gehen? Dass den Mischlingen und den Indern je eine Kammer zugestanden wurde, macht die Diskriminierung der Schwarzen noch stossender.

Dennoch darf die Leistung des Präsidenten de Klerk nicht gering geschätzt werden. Vorangegangen war die Legalisierung schwarzer Gewerkschaften. Nunmehr dürfen die bisher verbotenen schwarzen Organisationen politisch tätig sein, auch Massendemonstratio-

nen durchführen. Aus fast Rechtlosen werden politisch Aktive. Damit hat sich das Klima grundlegend verändert. Die Voraussetzungen für weitere Fortschritte sind geschaffen.

Wie es weitergehen wird, wagt niemand vorauszusagen — das gilt allerdings auch für Gorbatschows Perestrojka. Nur darf in beiden Fällen die Rückkehr zum früheren repressiven Obrigkeitsstaat als unwahrscheinlich gelten.

Im folgenden Beitrag weist F. R. Allemann auf die Wendung Lateinamerikas zur Demokratie. Ein ganzer Teil Europas hat einschnürende Diktaturen abgeschüttelt. Trotz der jeweiligen Besonderheiten darf auch Südafrika im Zeichen des Wandels zur Freiheit gesehen werden. Auch hier sind die Probleme und Schwierigkeiten enorm. Doch auch hier wandeln sich die Gegebenheiten und wächst die Hoffnung.

*François Bondy*

---



**Sprüngli**  
**Truffes du Jour:**  
täglich frisch  
hergestellt — innert  
24 Stunden verkauft!

Paradeplatz · Hauptbahnhof Zürich · Bahnhofstr. 67 · Shop  
Ville · Löwenplatz · Stadelhoferplatz · Bahnhof Stadelhofen ·  
Glattzentrum · SC-Spreitenbach · Airport-Shopping Kloten